

JÜRGEN ZARUSKY

## WIDERSTAND ALS „HOCHVERRAT“ 1933–1945

Ein abgeschlossenes Editionsprojekt des Instituts  
für Zeitgeschichte

Mit dem Erscheinen des Erschließungsbandes im März 1998 liegt nunmehr die Mikrofiche-Edition „Widerstand als ‚Hochverrat‘ 1933–1945“<sup>1</sup> vollständig vor. Dieser Band enthält ein umfangreiches Registerwerk, das für die Arbeit mit den Anklageschriften und Urteilen aus rund 1900 Prozessen vor den zentralen Gerichten des Dritten Reichs – sie umfassen rund 70000 Seiten auf 750 Mikrofiches – vielfältige Zugriffsmöglichkeiten schafft. Neben dem Namenregister, in dem außer den eigens ausgewiesenen Angeklagten auch die übrigen Tatbeteiligten und Zeugen erfasst werden, enthält der Erschließungsband ein Decknamenregister mit Konkordanz, ein Gruppen- und ein Ortsregister sowie eine Zusammenstellung der Fundorte für Widerstandsschrifttum, das in den Akten ausführlicher oder vollständig zitiert wird. Die Bedeutung des von Gesetzgebung und Rechtsprechung in der Frühphase der NS-Herrschaft umgeformten Hochverratsstatbestandes für die justitielle Widerstandsbekämpfung und der Stellenwert der hieraus hervorgegangenen Verfahrensakte für die Widerstandsforschung werden in der von Jürgen Zarusky verfaßten Einleitung ebenso beleuchtet wie die Abgrenzung zu benachbarten Tatbeständen, der institutionelle Rahmen und quellenkritische Aspekte.

Am 6. Juli 1998 wurde das abgeschlossene Gesamtprojekt in einer Veranstaltung im Institut für Zeitgeschichte in München der Öffentlichkeit präsentiert. Der Direktor des Instituts, Horst Möller, ordnete das Projekt in die Forschungstradition des Hauses ein. Richtete sich die Aufmerksamkeit zunächst auf den Widerstand des 20. Juli – Namen wie Hans Rothfels und Helmut Krausnick stehen hierfür, ebenso wie Hermann Graml und Hans Mommsen, die der Auseinandersetzung in den sechziger Jahren eine kritische Wendung gaben –, so wurde in den siebziger und frühen achtziger Jahren der Widerstandsbegriff durch die breit angelegten Forschungen des Projekts „Bayern in der NS-Zeit“ mit seiner gesellschaftsgeschichtlichen Perspektive entscheidend erweitert und differenziert, wofür insbesondere der kontrovers diskutierte Begriff der „Resistenz“ steht. Mit der Mikrofiche-Edition, die sich auf den engeren Bereich des politischen Widerstands konzentriert, sich dabei jedoch auf Deutschland und Österreich bezieht, wird der Forschung erstmals eine umfassende Quellensammlung zur Verfügung gestellt, von der, so die von Möller geäußerte Hoffnung, neue Anstöße ausgehen könnten.

<sup>1</sup> Widerstand als „Hochverrat“ 1933–1945. Die Verfahren gegen deutsche Reichsangehörige vor dem Reichsgericht, dem Volksgerichtshof und dem Reichskriegsgericht, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Jürgen Zarusky und Hartmut Mehinger, München 1994–1998.

VfZ 46 (1998)

© Oldenbourg 1998

Klaus G. Saur, der Verleger des Werks, verwies auf die internationale Rezeption der Mikrofiche-Edition, von der er sich u. a. bei einem Besuch im Washingtoner Holocaust Memorial Museum einen unmittelbaren Eindruck habe machen können. Bedauerlich sei es angesichts der Bedeutung des Werks, daß sich viele Universitätsbibliotheken in Deutschland bislang noch nicht dazu hätten entschließen können, sie anzuschaffen.

Hans-Jochen Vogel, der sich nach einer politischen Karriere, in der er viele hohe Ämter bekleidete, unter anderem das des Bundesjustizministers, jetzt vor allem in dem von ihm gegründeten Verein „Gegen Vergessen – für Demokratie“ für die Aufarbeitung der deutschen Diktatur-Vergangenheiten engagiert, unternahm eine historisch-politische Würdigung der Edition. Sie ermögliche eine genauere Kenntnis der Breite, Motivationsvielfalt und personellen Zusammensetzung des Widerstandes, aber auch ein klareres Bild des justitiellen Terrors der NS-Zeit. Die Zahl derer, die politischen Widerstand geleistet hätten, sei höher als bisher angenommen. Zu den 6000 Angeklagten aus den in der Mikrofiche-Edition dokumentierten Verfahren seien die Angeklagten aus den Hochverrats-Prozessen vor Oberlandesgerichten zu rechnen sowie eine schwer zu schätzende Dunkelziffer. Die Gesamtzahl jener, die aktiven politischen Widerstand geleistet hätten, schätzte Vogel, ausgehend von einigen Hinweisen in der Einleitung zum Erschließungsband, auf 25 000 bis 30 000. Zirka 1000 von ihnen seien zum Tode verurteilt worden. Das Registerwerk mache deutlich, daß Widerstand zumeist aufgrund einer vorausgegangenen politischen Prägung geleistet worden sei. Das Stichwort „Nicht organisierter Widerstand“ im Register umfasse nur rund 200 Fälle. Quantitativ absolut dominierend sei der kommunistische Widerstand mit zirka 65 Prozent, gefolgt vom sozialdemokratischen und sozialistischen Widerstand mit knapp zehn und vom schwer einzuordnenden bürgerlich-christlichen Widerstand mit drei bis fünf Prozent der Fälle. Obwohl die KPD zum Untergang der Weimarer Republik und zur Etablierung einer zweiten Diktatur in Deutschland beigetragen habe, dürfe der kommunistische Widerstand nicht verschwiegen oder aus Erinnerung und Gedenken ausgeschlossen werden. Auch die Kommunisten hätten „ihr Leben aufs Spiel gesetzt, als andere dem Gewaltherrscher noch zujubelten oder ihm noch Gefolgschaft leisteten“. Überdies verwies Vogel auf das Beispiel Herbert Wehners und anderer, die aus ihren Erfahrungen mit dem Kommunismus zu einem Engagement für die Demokratie gefunden hätten. Die Entgrenzung des Hochverratstatbestandes, die die justitielle Verfolgung jeglicher politischer Opposition ermöglichte, sei bereits vom Leipziger Reichsgericht in großer Willfährigkeit gegenüber der sich etablierenden NS-Diktatur mit angestoßen worden. Die Urteile seien weithin im Gewande der überkommenen Rechtsprache abgefaßt worden, bis Roland Freisler diese Maske habe fallen lassen. Zustimmend zitierte Vogel die in der Einleitung aufgegriffene These des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer, das Gewaltssystem des Dritten Reichs sei mangels einer legalen Verfassung gar nicht hochverratsfähig gewesen.

Eine Demonstration der Zugriffsmöglichkeiten auf die Akten anhand des Beispiels von Robert Havemann und seiner Widerstandsgruppe „Europäische Union“ schloß die Präsentation ab.